



European Rivers Summit in Lissabon vom 18.-20. November 21

Die Stiftung Living Rivers beteiligt sich am 18. November 21 mit einem Flussfilmfest an dem European Rivers Summit in Lissabon. Im Teatro de Luz gibt es Kurzfilme und Gespräche zur Faszination der Flusswelt, zu Staudammprojekten auf dem Balkan und zum Staudamm- und Wehrrückbau zu erleben. Zu den Partnern des Flussfilmfests gehören u.a. Geota, Euronatur und der WWF. Die Teilnahme am Rivers Summit selbst ist online für einen Beitrag von 20,- EUR möglich: <https://riverssummit.org/>

Öffentliches Geld für Wasserkraft zerstört letzte naturbelassene Flüsse Europas

Wie der im Oktober 2021 vom CEE Bankwatch Network im Zuge der Überarbeitung der Umwelt- und Sozialstandards der Europäische Investitionsbank (EIB) veröffentlichte Bericht Public money vs. pristine rivers anhand von Fallbeispielen aufzeigt, hat die EIB seit 2010 mehrere zerstörerische Wasserkraftprojekte finanziert. Der Bericht in Kooperation mit [EuroNatur](#) and [RiverWatch](#) im Rahmen der [Save the Blue Heart of Europe](#) Kampagne erstellt Bericht belegt, dass weder die geltenden Regeln der Bank noch der im Juni 2021 zur Begutachtung vorgelegte Entwurf für deren Neufassung eine Naturerstörung durch diese Projekte verhindern.

Bankwatch sieht eine Ausweisung von Ausschlussgebieten als sinnvoll an, um den bereits vorgesehenen gesetzlichen Schutz zu gewährleisten. Um der Klimakrise und den damit verbundenen Auswirkungen entgegenzuwirken, sollte das bisherige Finanzierungsmodell der EIB überdacht werden. Laut Bankwatch muss die EIB aufhören ihre Verantwortung zur Prüfung der Wasserkraftprojekte auf Einhaltung der EIB-Standards auf die Finanzvermittler in Südosteuropa zu übertragen, da hier die erforderliche Kapazitäten oft fehlen.

<https://bankwatch.org/publication/public-money-vs-pristine-rivers>

Energiewende nicht auf Kosten der aquatischen Biodiversität

Die über 7.800 unwirtschaftlichen, umweltschädlichen und nicht ökologisch sanierbaren Kleinwasserkraftwerke (KWKWe) tragen nur <0,5 % zur Stromproduktion bei, sind aber ursächlich dafür, dass Deutschland wesentliche Umweltziele im Biodiversitäts- und Gewässerschutz verfehlt.

Es bedarf einer Energiewende, die nicht auf den Kosten der aquatischen Biodiversität ruht. So heißt es in einem am 4. November 2021 veröffentlichten wissenschaftlichen Memorandum zum politischen Zielkonflikt Klimaschutz versus Biodiversitätsschutz bei der Wasserkraft. Darin raten 65 deutsche Fachwissenschaftler:innen aus 30 wissenschaftlichen Instituten, die Förderung von Kleinwasserkraftwerken (<1 MWmax) und mittel-großen Wasserkraftwerken (1-10 MWmax) über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oder aus Steuermitteln zu beenden. Stattdessen soll der Ausbau von Großwasserkraftwerken ausschließlich im Einklang mit dem Wasserhaushaltsgesetz und an den ökologischen Sanierungsgrad gekoppelt gefördert werden. Die Ausnahmetatbestände gemäß Art. 4 der EG-Wasserrahmenrichtlinie für den Betrieb kleiner und mittelgroßer Wasserkraftwerke müssen überprüft werden. Ebenso empfehlen die Wissenschaftler:innen die strengere behördliche Prüfung neuer Wasserkraftstandorte, sowie die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung für ehemals heimische Arten der Gewässerfauna.

https://www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/memorandum_klimaschutz_vs_biodiversitaet.pdf

Wer die Klima- und Artenkrise bekämpfen will, muss den Gewässerschutz mitdenken

Anlässlich des mit fast 400 registrierten Teilnehmer:innen sehr erfolgreichen gemeinsamen Gewässerschutzforums der Umweltorganisationen am 28.10.2021 forderten BUND, DNR, NABU, Stiftung Living Rivers und der WWF Deutschland die künftigen Regierungsparteien auf, den Schutz der Gewässer im Koalitionsvertrag zu verankern.

Mit Blick auf die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, den Entwurf zur nationalen Wasserstrategie, die Ziele aus der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 und das anstehende EU Restoration Law (EU-Plan zur Wiederherstellung der Natur) sind folgende Maßnahmen aus Sicht der Verbände besonders wichtig:

- eine Initiative von Bund und Ländern zur zügigen und weitreichenden Renaturierung von Flüssen, Auen, Feuchtgebieten und Seen, um der Biodiversitätskrise entgegenzuwirken und den ökologischen Zustand der Gewässer zu verbessern;
- Investitionen zur Klimaanpassung in der Landschaft, die auf einen Mehrfachnutzen für Gewässer, Biodiversität und Klima abzielen;
- die Integration des Gewässerschutzes in andere Politikfelder und der Abbau umweltschädlicher Subventionen;
- das zügige Erreichen der geltenden Umweltziele für die Bundeswasserstraßen.

Hier geht es zum Appell der Umweltverbände:

<https://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/20211027-Appell-Gewaesserschutz.pdf>

Die Aufzeichnung des Gewässerschutzforums ist online verfügbar unter:

<https://www.wrrl-forum.de/mediathek2021/>

Seminar „Seenschutz durch Nährstoffrückhalt in der Fläche“ Online

Als Teil einer Online-Seminarreihe veranstaltete der Global Nature Fund im Rahmen des Netzwerks Lebendige Seen Deutschlands am 19. Oktober 2021 ein Seminar zum Thema "Seenschutz durch Nährstoffrückhalt in der Fläche. Bei dem Seminar wurden verschiedene anthropogen verursachte Eintragspfade dargestellt und Möglichkeiten der gezielten Zurückhaltung von Nährstoffen je nach Eintragspfad von verschiedenen Protagonisten in der Landschaft aufgezeigt.

Die Präsentationen sowie die Aufzeichnung des Online-Seminars stehen Ihnen auf der Webseite des Global Natur Fund zur Verfügung: www.globalnature.org/de/nlsd-naehrstoffrueckhalt

Bienen und Bauern retten! – EBI und GAP-Strategieplan

Die Europäische Bürger*inneninitiative (EBI) „Bienen und Bauern retten!“ war erfolgreich! Am 30.09.2021, dem Tag des Kampagnenendes, kamen insgesamt 1,16 Millionen Unterschriften zusammen, davon etwa die Hälfte aus Deutschland. Das erforderliche nationale Quorum wurde in 11 EU-Mitgliedstaaten erreicht. Dies zeugt von großem Engagement und Ambition einer europaweiten Allianz aus 225 Organisationen in allen EU-Mitgliedsstaaten, die hinter der EBI stehen.

Zu den an die EU-Kommission gerichtete Forderung der EBI gehört eine Agrarwende mit Pestizid-Ausstieg bis 2035. Mit der Farm-to-Fork-Strategie (F2F) als Landwirtschafts- und Ernährungsbestandteil des European Green Deal, hat die Kommission die 50 %-Reduktionsziele und 25 % Ausbau des Ökolandbaus bis 2030 ausgegeben. Dies ist mit dem deutschen GAP-Strategieplan nicht zu vereinbaren. Die nationalen GAP-Pläne sind so auszurichten, dass sie den Zielen der F2F-Strategie gerecht werden. Nur so ist eine EU-weit verbindliche 50 % Reduktion von Pestiziden, Nährstoffverlusten und des Antibiotikaabsatzes bis 2030 zu erreichen.

<https://www.savebeesandfarmers.eu/deu>

Im Sondierungspapier der Ampel-Parteien wurde die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln explizit anvisiert: (<https://www.tagesspiegel.de/downloads/27709590/1/sondierungspapier-15-10-21.pdf>, Seite 4)

Vorausschau 2022:

World Fish Migration Day 2022 + Petition

Die Stiftung Living Rivers gehört zu den Partnern des World Fish Migration Day, der von der World Fish Migration Foundation am 21. Mai 2022 ausgerufen wurde.

Unter <https://www.worldfishmigrationday.com/> können Partner-Events registriert werden.

Es besteht auch die Möglichkeit eine globale Petition zu unterstützen, die zum dauerhaften Schutz der letzten noch frei fließenden Flüsse und zum Rückbau funktionsloser Dämme aufruft und auch in deutscher Sprache verfügbar ist:

<https://www.worldfishmigrationday.com/wp-content/uploads/2021/10/Global-Petition-2.zip>

Die Rivernews / Wasserblatt wird herausgegeben von der Stiftung Living Rivers in Kooperation mit der GRÜNE LIGA e.V., Bundeskontaktstelle Wasser / Water Policy Office, Michael Bender
Im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: +49 30 / 40 39 35 30 Fax: 20 44 468 E-Mail: wasser@grueneliga.de; Internet: <http://www.wrrl-info.de>



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

**Umwelt
Bundesamt**

Die Rivernews (Wasserblatt) wurden gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren